Die Bundesrepublik und die Vereinten Nationen | Dokumente und Nachrichten

In dieser Sparte werden künftig Dokumente und Nachrichten über die Beziehungen der Bundesrepublik zu den Vereinten Nationen — im wesentlichen in zeitlicher Reihenfolge und mit dem Jahr 1962 beginnend — gebracht.

Der Präsident der Weltbank in Bonn

Der Präsident der Weltbank, Eugene Black, erwiderte am 17. Januar 1962 den Besuch, den ihm kurz zuvor der Bundesminister für Wirtschaft, Prof. Dr. Erhard, in Washington abgestattet hatte. Der Bundeswirtschaftsminister gab zu Ehren von Black ein Frühstück, zu dem auch maßgebende Vertreter anderer Ressorts eingeladen waren. Anschließend fand eine Besprechung statt, in der aktuelle Fragen der Weltbank behandelt wurden. Präsident Black hielt sich noch einige Tage in der Bundesrepublik auf. In Frankfurt hatte er u. a. eine Unterredung mit Bundesbankpräsident Blessing.

Die „Mauer" vor den Vereinten Nationen

Der Unterausschuß der Vereinten Nationen zur Verhinderung von Diskriminierungen und zum Schutz von Minderheiten befaßte sich in seiner Sitzung vom 25. Januar 1962 mit dem in Artikel 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankerten Recht jedes Einzelnen, ein Land — einschließlich des eigenen — zu verlassen und nach dort zurückzukehren. Im Laufe der Debatte, bei der es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Vertreter der USA, Halpern, und dem der Sowjetunion, Ostrowsky, kam, schilderte Halpern in einem eindrucksvollen Diskussionsbeitrag die von den Pankower Machthabern errichtete Mauer in Berlin und bezeichnete sie als ein „Symbol des Rückschritts in unserer Zeit". Die „Mauer" verletze die fundamentalen Menschenrechte, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen enthalten seien. Der US-Vertreter schilderte eingehend, wie durch diese Unrechtsmaßnahmen Familien und Freunde auseinandergerissen werden und ganzen Bevölkerungsgruppen der letzte Ausweg, der ihnen in ihrer Verzweiflung noch offen bleibe, nämlich der Flucht, versperrt werde.

Dem Unterausschuß lagen Berichte von 26 Regierungen, darunter auch der Bundesregierung, die auf Anforderung des UN-Sekretariats eingegangen waren, als Dokumentationsmaterial vor. Unter diesen Berichten ist der des philippinischen Botschafters in Bonn, Ingles, besonders bemerkenswert. In dem Bericht wird darauf hingewiesen, daß der Einzelne, falls dieses Recht beschränkt werde, besonderen Härten unterworfen sei, so der Trennung von der Familie, der Erschwerung des wirtschaftlichen Fortkommens u. a. Solche Diskriminierungen bei der Ausübung des in der Menschenrechtserklärung erwähnten Rechts seien daher eine sehr ernste Angelegenheit. Während früher die Regierungen Mauern errichteten, um die Ausländer am Betreten eines Landes zu hindern, führte Botschafter Ingles aus, würden heute Mauern im bildlichen und wörtlichen Sinne errichtet, um die eigenen Staatsangehörigen am Verlassen des Landes zu hindern. Dafür gäbe es verschiedene Gründe. Als wichtigsten nannte Ingles die Absicht, zu verhindern, daß die eigenen Staatsangehörigen mit anderen Ländern und anderen Ideologien in Berührung kämen.

Die Bundesrepublik gegen Machenschaften der SBZ

Aufgrund eines Ersuchens des Ständigen Vertreters der Tschechoslowakei bei den Vereinten Nationen brachte das Sekretariat der UN am 30. Januar 1962 ein Schreiben des Regimes der Sowjetischen Besatzungszone in Umlauf, das sich auf den Gegenstand 27 der Tagesordnung der 16. Tagung der Generalversammlung, „Die Situation in Angola", bezieht und in einem Anhang die Bundesrepublik kolonialistischer Machenschaften beschuldigt. Der Beobachter der Bundesrepublik bei den Vereinten Nationen ließ daraufhin allen Delegationen bei den Vereinten Nationen folgende Note zukommen:

„Zu dem vom UN-Sekretariat am 30. Januar 1962 als Dok. A/5089 den UN-Mitgliedstaaten übermittelten Schriftstück des Regimes der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, um dessen Zirkulation das Sekretariat von der Delegation der Tschechoslowakei gebeten worden war, hat die Regierung der Bundesrepublik Deutschland festzustellen:

Das Schriftstück ist nichts anderes als ein weiteres Glied in der Kette der Bestrebungen des Ostblocks, die Bundesrepublik Deutschland in den Augen der jungen Völker als einen neokolonialistischen Staat hinzustellen, ein durchsichtiges Manöver, um die Weltöffentlichkeit von den unmenschlichen Maßnahmen des Regimes der Sowjetischen Besatzungszone abzulenken. Es enthält unhaltbare Beschuldigungen.

Die Bundesregierung hat bereits wiederholt derartige Behauptungen sachlich widerlegt. Sie hält es für unter ihrer Würde, erneut auf solche Verleumdungen einzugehen, so wie sie seinerzeit davon abgesehen hat, auf die grotesken Behauptungen zu antworten, die der weißrussische Vertreter am 21. November 1961 in der Generalversammlung erhoben hat.

Es ist allgemein in der Weltöffentlichkeit und insbesondere in den afrikanischen Staaten bekannt, mit welcher Sympathie die Bundesrepublik Deutschland den Weg zur Unabhängigkeit ehemals kolonialer Gebiete verfolgt. Sie hat zu allen unabhängig gewordenen Staaten alsbald nach der Erklärung ihrer Unabhängigkeit diplomatische Beziehungen aufgenommen und unterhält freundschaftliche Beziehungen mit ihnen. Sie leistet darüber hinaus durch umfangreiche Entwicklungshilfe alles in ihrer Macht Stehende zur Förderung der afrikanischen Staaten. Die Grundlinie dieser Politik ist zusammengefaßt in den Worten, die der Präsident der Bundesrepublik Deutschland bei seinem Staatsbesuch in Guinea im Januar 1962 gesprochen hat: ‚Die Bundesrepublik Deutschland ist der Ansicht, daß der afrikanische Kontinent seine neue politische Gestalt selbst finden muß und auch finden wird, nachdem das Zeitalter des Kolonialismus der Vergangenheit angehört. Wir haben mit Aufmerksamkeit und Anteilnahme die Entwicklung zur Unabhängigkeit beobachtet. Die Bundesrepublik Deutschland begrüßt diesen Vorgang, weil er die Grundlage zu einer neuen und besseren Zusammenarbeit und Solidarität zwischen alten und jungen Staaten schafft.' "

New York, 6. Februar 1962

Der Bundespräsident will die Vereinten Nationen über die Zone informieren

Bundespräsident Lübke regte am 9. Februar 1962 vor dem Forschungsbeirat des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen an, alles verfügbare Material über die Zustände in der sowjetisch besetzten Zone zu sammeln, um es zu einem gegebenen Zeitpunkt für eine Klage bei den Vereinten Nationen verwerten zu können.

Dag-Hammarskjoeld-Fonds

Aus der Bundesrepublik sind dem Fonds 14 000 DM zur Verfügung gestellt worden. Hiervon spendete Die Stiftung Die Welt einen Betrag von 10 000 DM, um einem jungen Studenten aus Afrika, Asien oder Südamerika ein einjähriges Studium der Journalistik in New York zu ermöglichen. Den Rest von 4 000 DM gab die Bundesregierung.

Am 12. Februar 1962 wurde von der Leitung des Fonds in New York bekanntgegeben, daß der Zeitungsverleger Axel Springer die Mitgliedschaft im Ehrenausschuß des Fonds angenommen hat.

Der Fonds wurde unmittelbar nach dem Tode des UN-Generalsekretärs Dag Hammarskjoeld von den bei den Vereinten Nationen akkreditierten Journalisten gegründet, um Nachwuchsjournalisten mit den Vereinten Nationen in Verbindung zu bringen.

Die Bundesregierung kauft UN-Bonds

Der Beobachter der Bundesrepublik bei den Vereinten Nationen, Botschafter Karl Heinrich Knappstein, unterrichtete am 14. März den amtierenden Generalsekretär U Thant davon, daß die deutsche Regierung entschieden habe, für 10 000 000 Dollar UN-Bonds zu kaufen. In diesem Zusammenhang gab die Regierung der Bundesrepublik folgendes bekannt:

„Entsprechend einem durch den amtierenden Generalsekretär U Thant übermittelten Ersuchen der Vereinten Nationen wird sich die Bundesregierung, vorbehaltlich der Zustimmung des Bundestags, mit 10 Millionen Dollar an der Anleihe der Vereinten Nationen beteiligen, die durch Entschließung der Generalversammlung am 20. Dezember 1961 beschlossen worden ist. Mit diesem Beitrag bekennt die Bundesregierung sich erneut zu den in der Charta festgelegten Zielen der Vereinten Nationen."

Der Beobachter erinnerte bei dieser Gelegenheit an die wohlbekannten Gründe, die Deutschland an einer Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen hindern; im Hinblick aber auf die große Bedeutung der Vereinten Nationen für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit sowie für den Grundsatz der Selbstbestimmung für alle Völker sei die Regierung der Bundesrepublik dem Appell der Generalversammlung, UN-Bonds zu kaufen, bereitwillig gefolgt.

Die Bundesregierung erkennt die Ziele der Vereinten Nationen an. In einer Erklärung vom 3. Oktober 1954 verkündete sie, daß sie ihre Außenpolitik in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Charta führe und die in dem Kapitel II der Charta für alle Mitgliedstaaten niedergelegten Verpflichtungen übernommen habe.

Aus diesen Gründen sei die Bundesrepublik Mitglied aller Sonderorganisationen der Vereinten Nationen geworden. Die Bundesregierung habe seit Jahren steigend freiwillige Zuwendungen an Organe der Vereinten Nationen gezahlt. So an das Erweiterte Programm für Technische Hilfe, den Sonderfonds, das Weltkinderhilfswerk, den Flüchtlingsfonds und an das Hilfswerk der Vereinten Nationen für die Palästinaflüchtlinge. Für 1962 belaufen sich diese deutschen Zuwendungen auf insgesamt 9,72 Millionen Dollar. Um die friedliche wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen, hat die Bundesrepublik im vergangenen Jahr dem Kongofonds der Vereinten Nationen 3 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt. New York, 14. März 1962

Der Chefdelegierte der Vereinigten Staaten bei den Vereinten Nationen, Adlai Stevenson, hat auf die Nachricht hin, daß sich die Bundesregierung an der Anleihe der Vereinten Nationen beteiligen werde, folgende Erklärung abgegeben:

„Wir sind sehr erfreut darüber, daß die Bundesrepublik Deutschland sich mit 10 Millionen Dollar an der Anleihe der Vereinten Nationen beteiligen will. Mit dieser Ankündigung hat die westdeutsche Regierung die Aussichten der 200-Millionen-Dollar-Anleihe vorangetrieben, von der die gesunde Finanzlage der Vereinten Nationen in so großem Ausmaße abhängt. Diese Beteiligung an der Anleihe wird dem Band des gemeinsamen Interesses, welches die Bundesrepublik und die Vereinten Nationen verbindet, eine neue Faser hinzufügen. Aus diesem Grunde begrüßen wir sie daher um so mehr."

Deutsche Sachverständige bei den UN

Zwischen dem stellvertretenden Leiter des Europäischen Büros der Vereinten Nationen für Technische Hilfe, José F. R. Barbosa, und deutschen Interessenten an einem Sachverständigen-Einsatz fanden Mitte März im Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft (BAW) Besprechungen statt. Es handelte sich hierbei um Projekte auf den Gebieten der Wirtschaftsplanung, des Bergbaus, der Statistik, des Wohnungsbaus sowie der Planung gemeinnütziger Einrichtungen. Diese Vorhaben im Hilfsprogramm der Vereinten Nationen betreffen die Länder Afghanistan, Kolumbien, Kenia, Griechenland, Philippinen, Iran und Irak.

Neuer Vertreter des UN-Kommissars für das Flüchtlingswesen

Der Hohe Kommissar für das Flüchtlingswesen der Vereinten Nationen, Felix Schnyder, besuchte am 19. März 1962 gemeinsam mit seinem bisherigen Bonner Vertreter, Terrillon, und dessen Nachfolger, Dr. Kadosa, Bundesminister Mischnick. Mit der Verabschiedung des bisherigen Delegierten bei der Bundesrepublik, Terrillon, und Begrüßung seines Nachfolgers, Dr. Kadosa, war eine Aussprache über die aktuellen Fragen der heimatlosen Ausländer in der Bundesrepublik verbunden.

Protest der Bundesregierung bei den Vereinten Nationen — Notenwechsel mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen

Das Auswärtige Amt gab am 7. April 1962 bekannt: „Die Bundesregierung bedauert die Tatsache, daß in einen Bericht des Generalsekretariats der Vereinten Nationen vom 2. April 1962 an die Mitglieder des UN-Abrüstungsausschusses eine von den Vereinten Nationen nicht erbetene Mitteilung der Behörden der SBZ aufgenommen worden ist.

Dieses Verfahren steht im Widerspruch zu der Praxis der Vereinten Nationen. Es steht ebenfalls im Widerspruch zu dem Verfahren, das das UN-Generalsekretariat in dieser Angelegenheit selbst eingeschlagen hat, indem es eine durch die Entschließung der UN-Generalversammlung 1664 (XVI) geforderte Umfrage lediglich an die Mitgliederregierungen der Vereinten Nationen gerichtet hatte.

Die Bundesregierung muß feststellen, daß das UN-Generalsekretariat dadurch den Bemühungen der Pankower Machthaber um internationale Aufwertung ihres Regimes unbeabsichtigt Vorschub geleistet hat.

Dies ist um so bedauerlicher, als das Verfahren des Generalsekretariats nicht der Haltung der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder der Vereinten Nationen entspricht, die das Regime der SBZ völkerrechtlich nicht anerkennen.

Der Beobachter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen, Botschafter Karl Heinrich Knappstein, hat beim Generalsekretär der Vereinten Nationen am 4. April wegen dieses Vorfalls unverzüglich scharfen Protest eingelegt."

Die Bundesrepublik in der Rauschgift-Kommission

Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen wählte auf seiner Sitzung am 17. April 1962 die Bundesrepublik Deutschland mit 13 gegen 5 Stimmen für drei Jahre in die Rauschgift-Kommission der Vereinten Nationen. Die Mitgliedschaft beginnt am 1. Januar 1963. Die Bundesrepublik wird den Sitz übernehmen, den in der vergangenen Wahlperiode die Niederlande innegehabt haben.

10 Jahre Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen

Aus Anlaß des 10jährigen Bestehens der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, die am 10. Mai 1952 in Heidelberg gegründet wurde, findet am 1. und 2. Juni 1962 in Berlin eine Tagung statt. Mit ihr verbunden ist eine öffentliche Veranstaltung in der Kongreßhalle, am 1. Juni, 19.30 Uhr.